



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/292 - 19.12.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Einweise

auf den Inhalt:

Zu den Wahlen an der Saar	S. 1
Belgrad, Born und Pankow	S. 3
Suhre Appell an die Westmächte	S. 5
Notwendige Einschränkung der freien Verteidigerwahl	S. 6
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Der Weg ist frei

sp - Auf ihrem Weg in die Bundesrepublik ist die Bevölkerung des Saargebietes am letzten Sonntag ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Sie wird dabei auch künftig nicht mehr ernsthaft aufgehalten werden können. Dass eine dreiviertel Mehrheit zur sofortigen Verwerfung jener Verfassung nicht erreicht worden ist, die in ihrer Präambel die Trennung der Saar von Deutschland und die Wirtschaftsunion mit Frankreich festlegt, bildet ebenfalls kein besonderes Hindernis, denn keine der Parteien ausserhalb des Heimatbundes wird sich dem Wunsch nach einer Verfassungsänderung versagen können, wenn es soweit ist. Stimmen, die dies unterstrichen, lagen aus der CVP und SPS schon vor der Wahl vor.

Damit hängt die Frage nach dem selbständigen Fortbestand dieser beiden Parteien eng zusammen. Die Sozialdemokratische Partei an der Saar ist am stärksten zusammengeschmolzen, ihr Anteil ging seit der Landtagswahl 1952 von 32,4 % auf 5,8 % zurück und es ist nunmehr eine Frage der Zeit, bis der größte Teil ihrer Mitglieder und Wähler sich dem Landesverband der SPD anschließen wird. Im Unterschied dazu hat sich die CVP überraschend gut gehalten. Sie besitzt damit auch gegenüber ihrer Schwesterpartei, der CDU des Saargebietes, mehr Gewicht, zumal deren Chef, Dr. Key, wie einzelne Ergebnisse bewiesen haben, auch in seiner eigenen Partei, mehr noch aber in den nicht zur CDU gehörenden christlichen Kreisen, umstritten ist. Aber nachdem die Parole einer "Rückkehr zu Deutschland" nicht mehr ernsthaft bekämpft

werden kann ohne allergrößtes Risiko für die Partei, die es tun würde, so wird wohl auch hier, vielleicht etwas später, eine Verschmelzung stattfinden.

Schließlich wird sich für die Saar als ein Segen erweisen, dass die bekanntesten der Männer, die zehn Jahre lang an der Saar den Ton angaben, von der Bildfläche verschwinden. Für Hoffmann, Kirn, Braun und andere Grandvalisten ist ihre politische Laufbahn beendet. Ihr Wirken hat die ganzen Jahre hindurch das französisch-deutsche Verhältnis belastet. Nun ist der Weg für eine Auflösung der deutsch-französischen Disharmonie, soweit sie ihren Ursprung in den Saarschwierigkeiten hat, frei geworden.

Niemand von den führenden Männern des neuen Landtags denkt daran, durch einseitige Handlungen die wirtschaftlichen Vorrechte Frankreichs, wie sie in der gegenwärtigen Verfassung festgelegt und durch entsprechende Wirtschaftsabkommen in der Zeit des Hoffmann - Regimes praktiziert worden sind, einfach aufzuheben. Der Weg zu einer Neuordnung im Saargebiet wird in loyaler Zusammenarbeit mit den beiden interessierten Nachbarn, der Bundesrepublik und Frankreich, gegangen werden. Dabei kann man daran erinnern, dass auch die im Heimatbund vereinten Parteien stets Frankreichs Recht auf Entschädigung für die ihm vom Dritten Reich zugefügten Schäden anerkannt haben. Freilich werden sich die ersten Ansätze für neue Verhandlungen erst nach den französischen Parlamentswahlen und der darauf folgenden Regierungsbildung ergeben. Andererseits scheint man aber auch in Frankreich bereit zu sein - im Gegensatz zu den überspitzten Drohungen aus der Zeit der Volksabstimmung - den neuen Gegebenheiten an der Saar nüchtern und ohne Illusionen Rechnung zu tragen. Das zeigte sich schon in dem Verhalten nach dem 23. Oktober, das sich wohltuend von der Aufregung in anderen westlichen Ländern abhob.

Noch ist offen, wer die neue Regierung, die aller Wahrscheinlichkeit nach eine Regierung der Parteien des Heimatbundes sein wird, führen wird, der Vorsitzende der stärksten Partei, der CDU, Dr. Ney, oder auch der Chef der gegenwärtig antretenden Regierung Dr. Welsch. Für ihn treten vor allem die Demokraten des Dr. Schneider ein. Eine andere Koalition als die aus den Parteien des Heimatbundes kommt kaum in Frage. Noch in der Wahlnacht erklärte Dr. Wey mit aller Entschiedenheit, dass seine Partei niemals eine Koalition mit der CVP eingehen werde.

Wenn heute so tiefgreifende Ereignisse an der Saar fast mit gelassener Selbstverständlichkeit sich vollziehen und auch hingenommen werden, dann muss man doch einmal daran erinnern, welche Stürme der Empörung und welche Fülle von Verdächtigungen sich noch vor wenigen Wochen gegen alle diejenigen erhoben, die nichts anderes taten, als für das natürlichste Recht eines jeden Volkes, das der freien Selbstbestimmung einzutreten. Niemand nahm es ihnen damals ab, wenn sie versicherten, dass nicht nationalistische, sondern, im Gegenteil, richtigverstandene europäische Überlegungen sie leiteten. Was sie damals in einer bis zur Hoffnungslosigkeit bedrängten Position zu ihrer Verteidigung anführten, ist heute plötzlich zum Allgemeingut aller jener geworden, die glaubten, mit dem Sturz eines Johannes Hoffmann werde der europäische Gedanke begraben sein.

* * *

Brentanos Drohung: Unrealistisch und gefährlich

1p, Belgrad, Mitte Dezember

Im diplomatischen Vokabularium darf es weder ein Unmöglich noch ein Niemals geben, denn "ein unvorsichtiger Diplomat kann so sehr leicht in die unangenehme Lage geraten, dass die Entwicklung ihm Unrecht gibt". Dies ist der Tenor eines Leitartikels der offiziellen Belgrader Zeitung "Borba" zum Ausgang der Bonner Botschafterkonferenz, bei der auch der neue Belgrader Botschafter der Bundesrepublik, Dr. Pfeleiderer, zugegen war. Die jugoslawische Führungsschicht macht in Gesprächen mit deutschen Partnern kein Hehl daraus, dass sie den Bonner Standpunkt, man werde keine Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufnehmen, werde die Anerkennung der Pankow-Regierung durch einen ausländischen Staat als Bruch mit der Bundesrepublik betrachten, als unrealistisch und gefährlich ansieht.

Der bundesdeutschen Argumentation, diplomatische Beziehungen nur mit der UdSSR seien notwendig, weil diese Macht ein gewichtiges Wort zur Wiedervereinigung zu sagen habe, wird von jugoslawischer Seite entgegengehalten, die Frage der Wiedervereinigung gehe nicht nur einige Grossmächte, sondern ganz Europa und daher auch die osteuropäischen Staaten an, - ob im positiven oder negativen Sinne, bleibe abhängiggestellt. Wenn aber, so argumentiert man in jugoslawischen Regierungskreisen weiter, der Bundesregierung so viel an der Wiedervereinigung gelegen sei, dann müsse ihr auch daran gelegen sein, mit den unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn eines wiederzuvereinigenden Deutschlands über diese Kardinalfrage Mitteleuropas zu sprechen. Das in Bonn verkündete grundsätzliche "Nein" erscheint daher den jugoslawischen Politikern als wirklichkeitsfremde Forderung.

Tito hat bei verschiedenen Gelegenheiten die deutsche Wiedervereinigung als wichtigstes europäisches Problem bezeichnet. Seine Ansichten über die Methode und das Tempo zur Lösung dieser Frage decken sich nicht mit den amerikanischen Auffassungen, wie man seit der Tito-Dulles-Begegnung auf Brioni von Anfang November weiss. Keinesfalls aber neigt Tito zur Lösung der Deutschlandfrage auf dem Wege einer mehr oder weniger gewaltsamen bundesdeutschen Strukturwandlung nur nach östlicher, kommunistischen Rezepten. Er hat solche Rezep-

turen ja auch für sein eigenes Land erfolgreich zurückgewiesen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die jugoslawische Politik heute bereits mit dem Vorhandensein zweier deutscher Regierungen auf deutschem Boden rechnet, - zumindest als Gegenwarterscheinung, die sich aber nach jugoslawischer Auffassung nicht länger verneinen lässt. Dem deutschen Gesprächspartner wird hierzu in Belgrad unverblümt gesagt, es sei mit die Schuld der starren, einseitigen Bonner Aussenpolitik, wenn - zunächst einmal, - die Zeit eher für die Konzeption Moskaus und Pankows gearbeitet habe.

Aus dem "status quo" auf deutschem Boden hat unlängst die Belgrader Regierung jedenfalls die Konsequenz gezogen, dass Jugoslawiens Aussenminister Popovic vor dem Parlament äusserte, Jugoslawien unterhalte mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen und habe mit der "Deutschen Demokratischen Republik" erfolversprechende wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft. Eine völkerrechtliche Anerkennung der Regierung von Pankow ist damit zwar nicht verbunden, auch wird Jugoslawien gewiss nicht der erste Staat sein, der Pankow offiziell anerkennt und dafür den angedrohten Bruch mit Bonn in Kauf nimmt. Es gibt gewichtige wirtschaftliche Gründe, die gegen eine solche Entscheidung ins Gewicht fallen, nämlich in der aufs Schwerste angeschlagenen jugoslawischen Aussenhandels- und Zahlungsbilanz. Die jugoslawischen Realpolitiker wissen, dass die brennend gewordene Frage der Standard-Hebung nicht ohne enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen, also auch mit der Bundesrepublik, gelöst werden kann.

Man würde aber den ebenso realistischen Unabhängigkeitswillen der jugoslawischen Führung unterschätzen, wollte man annehmen, dass ausschliesslich wirtschaftspolitische Erwägungen die Tendenz der Belgrader Politik bestimmen. Beweis dafür ist, dass Jugoslawien zu den Staaten gehört, die sich mit der UdSSR, Indien, der Tschechoslowakei und Ägypten für die Aufnahme Ostdeutschlands in die UNESCO eingesetzt haben, wenn auch erfolglos. Dies war der erste jugoslawische Schritt auf internationalem Gebiet zugunsten eines Staates, der als solcher von dem anderen deutschen Staat abgelehnt wird, mit dem das Jugoslawien Titos offizielle Beziehungen unterhält.

Unfröhliche Weihnachten für Berlin

-ler. Der Appell des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Professor Otto Suhr, an die Außenminister der drei Westmächte, eine Klärung des bedrohten Viernächte-Status Berlins auf höherer Ebene herbeizuführen, kennzeichnet die bedrohte Lage, in die Deutschlands Hauptstadt durch die Politik der Drohungen und fortgesetzten Nadelstiche durch Pankow geraten ist. Er folgte kurz nach der Schließung der Westausgänge der beiden im Ostsektor liegenden S-Bahnhöfe Potsdamer Platz und Stettiner Bahnhof. Damit soll nach dem Willen des Ostberliner Magistrats die durch Berlin laufende Sektorengrenze zur "Staatsgrenze" gemacht werden.

Die bewußt unklar gehaltene Antwort Puschkins auf den Protest der Westmächte gab offensichtlich Pankow neuen Auftrieb, die Standfestigkeit Westberlins und der der alliierten Mächte zu erproben. Puschkin versicherte zwar, dass die Sowjetunion "bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens" den Verkehr der westalliierten Garnisonen von und nach Berlin von sowjetischen Militärorganen garantieren lasse, im übrigen aber die Grotewohl-Ulbricht-Regierung der sowjetischen Zone die "Jurisdiktion" auf ihrem Hoheitsgebiet ausübe, zu dem auch Ostberlin gehört. Der Hinweis, "bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens" lässt auf sowjetische Bereitschaft schliessen, in Verhandlungen mit den Westmächten über Berlin und seinen Status einzutreten. Den Westmächten, wollen sie die Dinge nicht treiben lassen oder sich auf einen unfruchtbaren Notenkrieg beschränken, bietet sich hier Gelegenheit, die Berlinpolitik der Sowjetunion auf die Probe zu stellen. Sie nicht ergreifen, liesse Pankow neuen Spielraum gewähren. Pankow steuert auf den "ege über Erpressung auf eine gewissermassen stufenweise Anerkennung als zweiten deutschen Staat zu.

Soll Westberlin in seinem Behauptungskampf allein auf sich gestellt bleiben, soll es allein die Bürden dieses Abwehrkampfes tragen? Dreimal erschien sein Regierender Bürgermeister in der vergangenen Woche beim Bundesfinanzminister und beim Bundeskanzler, um zu erreichen, dass die Berlin schon zugesicherte Hilfe noch in diesem Jahr gewährt werde. Er ging fast mit leeren Händen zurück. Schäffer zeigte sich hartnäckig, er ist nicht einmal bereit, die Ertragnisse des Notopfers Berlin voll ihrem zurechneten Zweck zuzuleiten. Die Folgen: Der langfristig vorgesehene Wiederaufbauplan Berlins gerät ins Stocken, der soziale Wohnungsbau erleidet empfindliche Rückschläge. Und dies zu einer Zeit, da Pankow seine Anstrengungen verdoppelt, diese Insel der Freiheit in innere und äußere Bedrängnis zu bringen.

Wenn Bonn als Treuhänder Deutschlands seine Pflichten für das schwer bedrängte Berlin so lückenhaft, um nicht zu sagen widerwillig erfüllt, wie kann man erwarten, dass die Westmächte größere Energie in der Abwehr gegenwärtiger und zukünftiger Gefahren aufbringen? Wer die Beziehungen zu Berlin nur unter fiskalischen Gesichtspunkten sieht, verkennt auf tragische Weise die Bedeutung Berlins für die Wiedervereinigung Deutschlands. Außerden wird dadurch die Freiheit und Existenz von zwei Millionen Menschen aufs Spiel gesetzt.

Dieser Beschluss tat not!

Bei Landesverratsprozessen keine SBZ-Verteidiger mehr.

Es wäre ein Treppenwitz, den sich unsere Demokratie erlaubt, wenn sie in Landesverratsprozessen den Angeklagten das Recht zuspräche, sich einen Anwalt aus der Sowjetzone zu besorgen. (In einigen Fällen ist das trotzdem geschehen.) Was würde wohl die Benjamin sagen, wollten sich ihre "Staatsfeinde" einen Verteidiger aus der Bundesrepublik kommen lassen?

Ein ostberliner Anwalt hat Beschwerde eingelegt, weil ihn der Ermittlungsrichter in einem Landesverratsprozess ablehnte. Entrüstet verwies er darauf, dass er seit eh und je beim Landgericht Westberlin als Verteidiger zugelassen sei. Das Bundesgericht hat durch die Verwerfung der Beschwerde jetzt klare Verhältnisse geschaffen. Es wurde beschlossen: "Die Zurückweisung eines Verteidigers ist dann zwingend geboten, wenn ein im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ansässiger und tätiger Rechtsanwalt vor westdeutschen Gerichten in einem Landesverratsverfahren auftritt, das eine von der Sowjetzone aus betriebene Spionagetätigkeit zum Gegenstand hat."

Die Begründung muss auch den Formaljuristen überzeugen, denn die freie Verteidigerwahl in einem Rechtsstaat unantastbar ist. Das Bundesgericht zieht nämlich die Parallele zu jener Bestimmung im Gerichtsverfassungsgesetz, nach der in Angelegenheiten der Staatssicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Es geht von der Überlegung aus: Selbst wenn der Verteidiger aus der SBZ kein Beauftragter Pankows ist - in der Praxis dürfte das kaum vorkommen - so erhält er doch im Laufe des Verfahrens zwangsläufig Kenntnisse über Staatsgeheimnisse, die sich der gegnerische Nachrichtendienst zu Nutzen machen kann. Wörtlich heisst es: "Von einem Herrschaftssystem, das sich nicht scheut, sich durch List oder Gewalt misliebiger Personen zu bemächtigen, muss man befürchten, dass es auch gegen den Willen eines solchen Anwalts die Kenntnisse zu erwerben versucht, die er in einem Landesverratsprozess erfahren hat."

Das Bundesgericht hat damit eine politisch leicht, juristisch aber schwer zu beantwortende Frage gelöst. Denn was für den gesunden Menschenverstand selbstverständlich ist, muss es nicht auch für das Paragrafendenken sein.

-----+-----+-----+-----

kj

Verantwortlich: Peter Reunau

Kommuniqué

Über die Tagung der sozialdemokratischen Führungskörperschaften
am 16. und 17. Dezember in Bonn

Partei Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission der SPD hielten am Freitag und Sonnabend in Bonn ihre letzte gemeinsame Sitzung in diesem Jahre ab. Der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, sprach ausführlich zur aussen- und innenpolitischen Lage am Ende dieses Jahres. Nach eingehender Diskussion wurde der Bericht bei einer Stimmenthaltung gebilligt.

Walter Menzel gab eine zusammenfassende Darstellung der Tätigkeit der Bundestagsfraktion in den letzten Monaten.

Am Freitag hatte sich der Vorstand mit der grossen Arbeitstagung der Partei befasst, die am 14. und 15. Januar in Köln stattfinden wird. Auf dieser Tagung werden die drei Hauptreden gehalten werden von Prof. Schellenberg über die Notwendigkeit einer sozialen Neuordnung, von Dr. Deist über die wirtschaftliche Situation und von Dr. Arndt zum Thema der Geistesfreiheit in der Bundesrepublik. Kurze ergänzende Referate zu jeder dieser drei Reden sind vorgesehen.

Das Vorstandsmitglied Fritz Heine berichtete dann eingehend über das Schicksal der seinerzeit verhafteten und nun zu einem Teil wieder entlassenen Sozialdemokraten aus der Sowjetzone. Heine teilte mit, dass sich noch etwa 400 sozialdemokratische Häftlinge in den Gefängnissen der Zone befinden. Bisher hätte nicht ermittelt werden können, nach welchen Gesichtspunkten die Sowjets die Verurteilten in der Zone belassen bzw. nach der Sowjetunion abtransportiert haben. Aus Russland sind inzwischen 43 dieser Gefangenen zurückgekehrt. Wilfried Busch, selbst seinerzeit zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, berichtete dem Vorstand über seine Erlebnisse in der Zeit seiner achtjährigen Haft.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes ist für den 13. Januar anberaumt worden.

+ + +